

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinenpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 50 Pf. nach der Post bezogen vierjährig. Nr. 2,75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn. Nr. 6 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.
Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abgaben werden die gesetzte Zeitung zu 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 25 Pf. Mindestens bis höchstens 1/10 Uhr fällig in der Expedition abgeben sein und sind im Vorraum zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 50.

Dresden, Montag den 3. März 1913.

24. Jahrg.

Das ungeduldige Volk.

Die Norddeutsche über die Militärvorlage. — Das einmalige Opfer der Vermögenssteuer.

Das verschleierte Bild von Sals, die große neue Militärvorlage, wird jetzt vom Regierungsbüro ein wenig enttarnt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung macht einige Anzeigungen über den Stand der Vorbereitungen für die Vorlage sowie über ihren Umfang und über die Kostenabschaffung. Allerdings sind es sehr drückende Andeutungen, die nur darüber keinen Zweifel lassen, daß die Vorlage den vermeintlichen Forderungen der Wehrvereinheit und Rüstungstreiber vollständig entsprechen wird.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat die dritte Stelle, es so darzustellen, als müsse die Regierung vor dem deutschen Volke Entschuldigung suchen, daß es mit der Einbringung der Militärvorlage so lange dauert! Man gedreht sich, so sagt das Regierungsbüro, die Köpfe, warum die Regierung mit der Einbringung der Heeresvorlage ägert. Im deutschen Volke sei die Überzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage tief eingewurzelt. Daher ist die Ungeduld im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden. Auch die Erwartung im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden. Das ist denn doch die deutlichste Verkennung der Empfindungen, mit denen das deutsche Volk der neuen Vorlage entgegensteht. Es ist eine Unzufriedenheit, wenn das Regierungsbüro, um Rüstung für die Militärforderungen zu machen, den Anschein erwecken will, als lehne sich das deutsche Volk geradezu nach den neuen Rüstungsvermehrungen, nach den neuen riesigen Opfern an Gut und Blut.

Wer ist denn „das deutsche Volk“, von dem die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagt, daß es gar nicht mehr erkennt könne, bis die neue Bescherung da ist? Das sind höchstens einzelne kleinere Schichten, vertriebene Norddeutschland und rassinierte Proletarien. Über die große Masse des deutschen Volkes, ganz abgesehen von den Sozialdemokraten, sieht wahrscheinlich nicht mit ungeduldiger Erwartung, sondern mit sehr gemischten und sehr bangen Gefühlen der neuen Rüstungsvorlage und zugleich den mit ihr im Zusammenhang stehenden neuen Rüstungen der anderen europäischen Staaten entgegen.

Seit dem Ausbruch des Balkankrieges sind die Männer von Unruhe erfüllt. Die Hoffnung, daß mit der Beendigung des Balkankrieges endlich einige Verhüllung einfallen könnte, wird nun grausam enttäuscht durch die plötzlichen Entwicklungen, zu weiteren, allen bisherigen weit übersteigenden Rüstungsplänen. In Deutschland wurde der neue Rekord des Rüstungswahns aufgestellt. Frankreich und Russland treten logisch in den Mittelaus ein, und Österreich und andere Staaten wollen auch dabei sein. Statt der Entspannung der europäischen Lage wird eine Spannung sich entwickeln, schärfer und gefährlicher als je. Statt Friedenssicherung, von der uns die Militärischen wieder fabeln, werden die neuen Rüstungen die allergrößte Friedensgefährdung herbeiführen!

Das Volk ist ungeduldig und voll Sorge über den Verlauf der politischen Dinge, über die neueste Phasen des internationalen Weltkriegs. Das Volk ist von Groß und Klein erfüllt gegen die Rüstungstreiber, die aus Europa ein immer furchtbareres Waffenlager machen, die den Gegenseit der Nationen aufs äußerste treiben, den Kulturfortschritt zerstören und den ungeheuresten Weltkrieg vorbereiten.

* * *

Die Mitteilungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung laufen wie folgt:

In der Offenbarkeit und der Presse verbreitet man sich die Sage darüber, warum die Regierung mit der Einbringung der Heeresvorlage ägert. Von einem Sogenannten kann aber gar nicht die Rede sein, die Vorlage ist eben noch nicht so weit, daß sie bereits eingefordert werden könnte. Auch von einem „Verpassen“ der Gelegenheit darf man nicht sprechen; denn der Entschluß, unsere Wehrkraft erneut zu verstärken, ist, wie an dieser Stelle bereits Witte bestimmt angekündigt wurde, ab bald nach dem Umschwung der Bevölkerung im Südosten Europas gefaßt worden. Wie das zu gegebener Stelle sehr gründliche Erwähnung, und zwar um so mehr, als es für uns nicht auf einen Bluff des Auslandes ankommen, sondern nach dem Ernst der Lage sich nur um den wohlüberlegten, großzügigen Ausbau unserer Wehrkraft unter Ausnutzung des gesamten bisher noch liegenden Teiles des wehrfähigen Volkes handeln könnte. Vorbereitung wäre, wenn irgendwo, gerade hier schäblich gemitteilt. Sie für die Durchführung dieser wie aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Heeresfests grundlegende Entscheidung des Kaisers fiel im Januar. Seit diesem Zeitpunkt sind die beteiligten Stellen der Reichsregierung mit Übertragung der geforderten Einschläge in die nun einmal notwendige Staats- und Gesetzestorm mit Anspannung aller Kräfte beschäftigt, und wenn es gelingt, die Vorlage um die Mitte dieses Monats an den Bundesrat zu bringen, so ist mit einer angemessenen Zeitung, die allerdings nur denjenigen eingeschlossen in der Sage ist, der sie selbst einmal zu lassen gehabt hat. Wenn dann der Reichstag die Vorlage noch vor Feierabend unter Hoch bringt, so ist auch keine Zeit verloren; denn die geforderten Heeresverstärkungen können förmlich innerhalb am 1. Oktober 1913 durchgeführt werden. Nach Einbringung der zweijährigen Dienstzeit ist ein anderer Zeitpunkt als

derhardt für die Durchführung größerer Organisationsänderungen nicht möglich ohne eine bedeutsame Erhöhung des Gesamtorganismus des Heeres und ohne Schädigung der fortwährenden Ausbildung der bestehenden Truppenteile. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, ist es allerdings erforderlich, daß die Heeresverwaltung sydetens um Pfingsten die Vorlage zum Oberst erhoben sieht. Wenn man aber befürchtet, daß die einer großen Heeresvorlage günstige Stimmung im Volk und Parlament ablaufen könnte, so schähen wir beide höher ein. Nicht augenblickliche Stimmungen sondern die lieferungswürdige Überzeugung von der Notwendigkeit, unsere Rüstung nachhaltig zu verstärken, wenn wir uns in der kommenden Vorlage den Boden im deutschen Volke bereitstellen, wie das seit langer Zeit bei keiner Heeresvorlage der Fall gewesen ist. Daher ist die Ungeduld und die Erwartung im Volke auch erklärlich. Diese wird nicht enttäuscht werden.

Auch die Festungsfrage wird ebenfalls erledigt. Wie wir erfahren, besteht bei der Reichsleitung die Absicht, die wegen ihres Höhe ganz besonders ins Gewicht fallenden einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Abgabe von Vermögen zu decken.

Wir erfahren aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nichts Näheres über Umfang und Art der bevorstehenden Vorlage. Wir hören nur, daß es sich um einen „großzügigen Ausbau unserer Wehrkraft unter Ausnutzung des gesamten bisher noch liegenden Teiles des wehrfähigen Volkes“ handeln soll. Das heißt, wie schon vermutet wurde, es sollen jährlich an 50000 Mann mehr in das Heer eingestellt werden. Wir erfahren nicht, ob durch diese Neureinstellungen nur die Erhöhung der Staatskosten der bestehenden Truppenteile erreicht werden soll, oder ob etwa auch neue Armeekorps zur Aufstellung gelangen sollen. Gedenfalls sollen auch sehr zahlreiche neue Offiziersstellen geschaffen werden. Es wird bereits von anderer Seite eine bedeutende Erweiterung der Kadettenanstalten angekündigt.

Der Grundtag, daß jeder Waffenfähige zum Dienst für das Vaterland ausgebildet werden soll, ist gerade von der Sozialdemokratie fest verstrebt worden. Wir könnten es als unseren Erfolg begrüßen, daß der heutige Staat unseres Grundtages der Volkswehr, der allgemeinen Wehrhaftigkeit anerkennt. Über der heutige Staat verwandelt den vor trefflichen Grundtag in eine abschreckende Karikatur. Es soll nicht das Volk in Waffen gefasst werden, sondern der großzügige Ausbau unserer Wehrkraft soll darin bestehen, daß das völkerfeindliche militärische System mit allen seinen Privilegien für die bevorzugte Klasse und mit allen seinen Ungerechtigkeiten für das arbeitende Volk bis an die Grenzen des Möglichen erweitert und auf die Spitze getrieben wird. Nur erfaßt nicht das geringste davon, daß die deutsche Wehrkraft, da sie so große neue Opfer vom Volke bezieht, auch im Volksinne verbessert werden soll. Keine Rede davon, daß der Gegner, der die Offizierskosten von den übrigen Soldaten trennt, gemildert werden soll. Keine Rede davon, daß die Unterschiede in der Dienstzeit, daß das Recht der Einjährigen freiwilligen befreit werden soll. Zehntausende Söhne der Bauern, der Handwerker, der Arbeiter sollen mehr in die Kaserne gestellt werden, aber die privilegierte Stellung der Söhne der Besitzenden soll niemals angetastet werden. Und ob mag das Regierungsbüro zu behaupten, „das deutsche Volk“ erwarte eine solche Heeresvorlage mit Ungeduld!

Es kann zugestanden werden, daß die mit der Vorbereitung der Vorlage besetzten Verhölden fleißig gearbeitet haben. Natürlich, seitdem die Militäristen Anfang Januar den Kaiser für ihre Ansichten gewonnen haben, seitdem Wilhelm II. die Befehle erteilt hat, arbeitet man mit Vollzähligkeit in den Büros des Kriegsministeriums. Der preußische Kriegsminister Herr v. Peerling, der vor knapp dreißig Jahren die Vorlage von 1912 als völlig ausreichend erklärt hatte, mußte nun alle Kräfte anspannen, um die Befehle seines Gehörers zu erfüllen. Witte Wärts soll die Vorlage an den Bundesrat gelangen, gleich nach Ostern soll die Beratung im Reichstag beginnen. Und dem Reichstag wird zugemutet, daß er neben den anderen unaufdringbaren Arbeiten die Heeresvorlage bis Pfingsten fix und fertig stellt. Die Beratung so wichtiger Fragen, so kostspieliger Vorschläge soll überwiegend gebrochen werden. Die Parteien sollen beispiellos im Hurra begeistigt, was Se. Majestät Militärismus fordert. Leider muß befürchtet werden, daß die bürgerlichen Parteien jeder Zunahme des Militärismus sich gefügig zeigen werden.

Sehr bemerkenswert sind die Mitteilungen, die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zur Festungsfrage macht und nicht macht.

Es wird angekündigt, daß die hohen einmaligen Kosten der Vorlage — also z. B. für neue Kasernenbauten, Lagerplätze, Befestigungen — nicht durch eine Anleihe, sondern durch eine Besteuerung des Vermögens getragen werden sollen. Eine solche Maßnahme der Regierung darf die Sozialdemokratie als ihren Erfolg buchen. Ganz gewiß hätten die deutschen Wähler im Januar 1912 die frühere Mehrheit wieder in den Reichstag gesetzt, so wolle sie jetzt die

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß die einmaligen Ausgaben für die Rüstungsvermehrung durch eine einmalige Vermögenssteuer getragen werden sollen.

Die Arbeitgeber im Malergewerbe haben die Schießprüfung der Unparteiischen abgelehnt. Die Generalversammlung der Maler beschloß den Kampf aufzunehmen.

In der Nähe von Berlin wurden zwei Automobilinfassen durch einen verbrecherischen Anschlag gestohlen.

Bei einem Zugunfallkombination wurden in England 35 Personen getötet.

In den nächsten Tagen soll in Konstantinopel wie in Sofia die Rüstung gestellt werden, die gesamte Zivilbevölkerung von Adrianopel abziehen zu lassen.

Regierung einen solchen Steuervorschlag nicht machen. Im Reichstag der 110 Sozialdemokraten ist aber ein gewisser Einigegang in der Steuerfrage nicht zu vermeiden. Jedoch, selbst wenn die Regierung Barthmann-Dölling ein Geschenk bringt, so muß man fragen, was noch dahinter steckt. Wie hoch die einmaligen Ausgaben für die neue Heeresvorlage sich belaufen werden, darüber wird noch nichts verraten. Man spricht von 600 Millionen, sogar von einer Milliarde. Kein Wort aber sagt das Regierungsbüro über die fortlaufenden, jedes Jahr wiederkehrenden Ausgaben, die aus der neuen Vorlage erwachsen und auf 200-250 Millionen geschätzt werden. Es scheint, als sollen die Vermögens- und Millionäre durch eine einmalige Zahlung einen Losaufschlag für die Zukunft erhalten, während die fortlaufenden Mehrkosten der arbeitenden Bevölkerung zur Last fallen werden. Die Befindenden sollen einmal zahlen, das Volk soll immer zahlen!

Neben die einmalige Vermögensbesteuerung gibt die Berliner Volkszeitung folgende Berechnungsprobe:

Nehmen wir an, die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 500 Millionen, wie meist angegeben worden ist. Das deutsche Volk verdient in von nationalökonomischer Seite auf 350 Milliarden (350 000 000 000) berechnet werden. Von diesen 350 Milliarden Vermögen stellen 500 Millionen — 1/2 Milliarde den 700. Teil dar. Es würde also bei gleichmäßiger Verteilung aller Vermögen den 700. Teil seines Vermögens als einmaliges Opfer bargebunden haben. Danach ist zu berechnen, wieviel im Falle der Annahme der einmaligen Steuer auf die einzelnen Zinsen kommt, nämlich bei

50 000	Mark Vermögen	etwa 70 Mark
100 000	*	140
200 000	*	280
300 000	*	420
500 000	*	700
1 000 000	*	1400

u. s. w.

Nun fallen aber, wie die Ril.-Vol. Korr. behauptet, die Vermögen bis 30 000 oder auch bis 50 000 M. von der Steuerfreiheit freibleiben. Folglich würden die darüber hinausgehenden Vermögen besteuert werden; vielleicht wird eine noch oben hin liegende Begrenzung eingerichtet werden, so daß die Säge mit den zunehmenden Millionen prozentual höher werden. Über alle diese Dinge wird man nach den Einzelheiten abzuwarten haben.

Bundesfürsten und Rüstungskosten.

Das Berliner Tageblatt behauptet, aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren zu haben:

Die einmalige Abgabe vom Vermögen, die zur Deckung der einmaligen Militärausgabe gefordert wird, wird an keinerlei erheblich sein und dem Volke sehr bedeutsame Opfer auferlegen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie ein halbes Prozent betragen wird. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die kleinen Vermögen — etwa bis zu fünfzigtausend Mark — vor der Abgabe bestehen bleiben. Die kleineren Vermögen der Bundesfürsten werden, wie bestimmt verkündet waren, zu dieser Abgabe herangezogen werden. Die Nachricht aber, daß die Steuerfreiheit der Bundesfürsten aufgehoben werden soll, trifft nicht zu.

Allio die Steuerfreiheit der Landesfürster und ihrer Familien soll aufrechterhalten bleiben. Dem Volke werden dauernd neue Milliarden Kosten auferlegt. Die Herren Kürsten aber mit ihren Millionenvermögen sollen mit einer verhältnismäßig unbedeutenden einmaligen Zahlung davonkommen.

Eine Besprechung der Bundesräte.

Über die am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der stimmberechtigten Mitglieder des Bundesrats weiß der halböffentliche Berliner Postanzeiger zu berichten:

Wein und Schläfe natürlich, dem vorbereitenden Charakter dieser Konferenz entsprechend, nicht geläufig wurden, so durfte doch der Bundesrat für den Vorschlag einer „Kriegsteuer“, wie sie hier geplant wird, vorwiegendlich erheblich sein; die großen Bundesräte haben bereits ihre Zustimmung erläutert. Es heißt jerner, daß an dieser Vermögenssteuer auch die deutschen Bundesräte teilnehmen möchten, welche erläutert haben, o daß sie verfassungsgleich begründetes Privileg der Steuerfreiheit für diesen einen Fall außer Awendung bleibe. Ob geringerer Vermögensbesitz von der Steuer verschont werden soll, steht noch nicht fest, nehmwegs aber deutlich man daran, die Abgabe erst von einem Vermögen von 80000 statt von 60000 Mark aufwärts zu erheben, da sonst der erforderliche Betrag — wie wir